

Mindestlohn statt Lohndumping! Von Arbeit muss man leben können!

Der 1. Mai steht 2011 unter dem Motto:

**"DAS IST DAS MINDESTE!"
Faire Löhne. Gute Arbeit. Soziale Sicherheit."**

Faire Löhne, gibt es die überhaupt? Soziale Sicherheit - ist die nicht längst eine Farce?

Wieso ist der 1. Mai 2011 ein besonderes Datum?

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 10,00 €, den die Partei DIE LINKE seit ihrem Bestehen immer wieder forderte, hätte bis zum 1. Mai 2011 durchgesetzt werden müssen, damit ein weiterer Lohnabbau verhindert werden kann. Ab dem 1. Mai tritt für fast alle EU-Staaten nämlich das Arbeitnehmerfreizügigkeitsgesetz in Kraft.

Was bedeutet dieses Arbeitnehmerfreizügigkeitsgesetz? Es soll vermutlich positiv klingen. Freizügigkeit? Die Arbeitnehmer sind in der Tat freizügig, sie können innerhalb der EU arbeiten, wo sie wollen oder besser, wo sie Arbeit finden. Und da ist es dann unwichtig, ob sie dort wohnen, ihre Familien dort haben, ob sie dort verwurzelt sind und lieber bleiben möchten. Sie können wandern, weil sie wandern müssen, weil es ihnen so dreckig geht, dass sie bereit sind, von ihren Familien getrennt zu leben. Von Litauen nach Deutschland, von Lettland nach Deutschland, von Ungarn nach Deutschland. Sie können auch nach Schweden, England, Frankreich oder irgend ein anderes europäisches Land gehen. Sie könnten auch von Deutschland nach Litauen, Lettland oder Polen gehen, aber wer würde dies tun? Ab dem 1. Mai können Beschäftigte aus den Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn in allen EU-Staaten arbeiten. Das wird die Löhne in Deutschland noch mal senken. Von 2000 bis 2009 sind die Reallöhne in Norwegen um 25,1% gestiegen, in Finnland um 22 %, in Frankreich um 8,6 %, in den Niederlanden um 4,8 % und in Österreich waren es 2,7 %. In Deutschland aber

sind sie um 4,5 % gesunken! Und das soll jetzt weiter so gehen? Nicht nur, dass die Reallöhne in den letzten 10 Jahren um 4,5% gesunken sind, es kommt noch schlimmer:

Uns droht eine Veränderung, deren Auswirkungen wir noch gar nicht abschätzen können. Die nationalen Schutzregelungen für die Beschäftigten fallen am 1. Mai weg. Die Unternehmen können Menschen aus ganz Europa (Bulgarien und Rumänien ab dem 01.01.2014) zu Löhnen beschäftigen, die in den jeweiligen Herkunftsländern gelten. Bedeutung für den hiesigen Arbeitsmarkt haben vor allem die Dumpinglöhne, die den Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa gezahlt werden. Leiharbeitsfirmen können Menschen aus dieser Region anwerben und damit die hiesigen Löhne nach unten drücken. Es können aber auch Leiharbeitsfirmen aus diesen Ländern selbst Beschäftigte an hiesige Firmen "verleihen". Besonders drastisch wird sich diese



Situation im Gesundheitswesen auswirken. Schon jetzt plant die Regierung eine Legalisierung von sklavenähnlichen Zuständen: Da soll es möglich sein, dass Pflegekräfte - ganz sicher sind dies Frauen - aus osteuropäischen Ländern die Pflege von Angehörigen übernehmen. Rund um die Uhr für 800 € pro Monat mit Kost und Logie.

Damit wäre die Pflege so billig wie noch nie. Und unsere hiesigen Fachkräfte kriegen statt dessen Hartz IV. Der Phantasie sind hier keine Grenzen gesetzt:

1. Mai 2011

• Wir können auch Ausbilder und Ausbilderinnen für Maßnahmen der Kommunen und der ARGE einsetzen, die bereit sind, diese Arbeit für 5 € zu machen. Die Jugendlichen haben nichts gelernt und sind noch immer arbeitslos? Macht nichts. Hauptsache unsere Arbeitslosenstatistik stimmt.

• Da wird gerechnet, so lange gerechnet, bis die Zahlen stimmen. Und da macht es gar nichts, dass Menschen arbeiten gehen und aufstocken müssen, aber sie sind raus aus der Statistik. Für die Aufstocker sind 2009 allein 10,9 Milliarden Euro gezahlt worden. Über 3 Millionen Beschäftigte verdienen weniger als 7 € in der Stunde.

• Da macht einer eine Maßnahme zum 5. Mal, er macht einen Word-Kurs und das obwohl er Computer-Fachmann ist und selbst schon Kurse gegeben hat. Unsinnig? Macht nichts, ist aus der Statistik raus.

• Da üben HartzIV-BezieherInnen in einem Laden mit leeren Verpackungen das Verkaufen und Sortieren der Waren. Unsinnig? Macht nichts. Raus aus der Statistik.

Das Ganze ließe sich fortsetzen.

• Der Staat subventioniert die Unternehmen, die billige Löhne zahlen können, weil die Menschen, die für diese Hungerlöhne arbeiten gehen, aufstocken können.

• Und wem werden diese Kosten aufgedrückt? Den Kommunen, die so leere Kassen haben, dass sie zunehmend verarmen und vor dem Aus stehen und nicht mal mehr die notwendigsten Aufgaben erfüllen können.

• Und wer kuscht, macht Überstunden, die nicht bezahlt werden? Die Menschen, die Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Soll das so weitergehen? Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem es nicht mehr weiter nach unten geht. Für die Menschen in Deutschland gibt es nur eine Lösung:

• Ein Mindestlohn von 10 € muss in Deutschland umgehend gesetzlich geregelt werden!

**• Für die anderen EU-Länder gilt:
• Die Hungerlöhne müssen verboten werden!**

hvs

Inhalt:

Seite 2:

Hände weg vom 1. Mai / RWE Vergesellschaften und unter demokratische Kontrolle stellen / RWE den Stecker ziehen- Atomkonzerne abschalten

Seite 3:

RWE bekommt Gegenwind / Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stilllegen / Rückendeckung für RWE durch Mehrheit von SPD-CDU-FDP

Seite 4:

Nachruf auf Fritz Noll

Seite 5:

„Rettet die Kommunen!“ Aktionstag gegen Finanznot der Kommunen

Seite 6:

Arbeitsmarktpolitischen Kahlschlag verhindern / „SPD, Grüne und Arbeitsminister Schneider sind scheinheilig!“

Seite 7:

Verkehrinsel am Bahnübergang Nauenweg - Mit Nachdruck gefordert / Sozialticket: Finanzierungsproblem oder falscher Ansatz?

Seite 8:

DIE LINKE. im Landtag fordert NRW-Card für einkommensarme Menschen

Hände weg vom 1. Mai! Verkaufsoffener Sonntag am 1. Mai in Uerdingen ist ein Skandal!

Der Kreisverband DIE LINKE.Krefeld lehnt die geplante Durchführung eines verkaufsoffenen Sonntags in Uerdingen am 1. Mai 2011 ab. Es kann nicht sein, dass der von der Arbeiterbewegung gegen die härtesten Sanktionen erkämpfte 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung ausgehebelt wird. Ist es in Krefeld für irgendjemanden denkbar, dass Ostersonntag oder Weihnachten oder Karfreitag oder... verkaufsoffen ist? Wir gehen davon aus, dass niemand im Rat auf diese Idee käme. Warum auch? Warum aber dann am 1. Mai? Das darf sich nicht wiederholen. Schluss damit!

hvs



Viele Arten zu töten

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw.“

Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“

Bertolt Brecht

RWE Vergesellschaften und unter demokratische Kontrolle stellen

RWE abschalten

„Wer die Energiewende will, muss die Macht der großen Energiekonzerne brechen“, erklärt Sahra Wagenknecht, wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Hauptversammlung des Energiekonzerns RWE. Sahra Wagenknecht weiter:

„Nur ein halbes Prozent des gesamten Stroms aus Wind- und Sonnenkraft wird von den vier großen Energiemultis RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW produziert. Dass regenerative Energiequellen überhaupt nennenswert zum Stromaufkommen beitragen, liegt allein an den Stadtwerken, Regionalversorgern, Bürgerwindparks sowie den privaten Haushalten. Hingegen setzen Konzerne wie RWE stur auf Atomkraft und weigern sich sogar, gefährliche Schrottreaktoren wie Biblis A vom Netz zu nehmen. Diese Blockadehaltung darf nicht länger hingenommen werden. Der Vorstand von RWE muss endlich abgesetzt und die gesamte Energiewirtschaft der Profitgier von Aktionären entzogen werden. Dann ist auch eine Energiewende möglich, die nicht auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher geht.“



re. im Bild MdL Michael Aggelidis (DIE LINKE.)

RWE den Stecker ziehen - Atomkonzerne abschalten!

Unter diesem Motto rief DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen Mitglieder, Freundinnen und Freunde auf, am Mittwoch, dem 20.4.2011 ab 8 Uhr vormittags, gemeinsam mit den AktivistInnen der Antiatombewegung die Aktionärsversammlung des Stromriesen und Atomkonzerns RWE in der Essener Grugahalle zu blockieren. Dazu erklären die LandessprecherInnen Katharina Schwabedissen und Hubertus Zebel gemeinsam mit dem energiepolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Michael Aggelidis:

„Wir fordern ein sofortiges Abschalten aller Atomanlagen und von der Regierung die Vergesellschaftung der Energiekonzerne. Eine ökologische und soziale Energiewende muss gegen die Interessen von RWE & E.ON durchgesetzt werden. Sie fordern aufgrund ihrer Monopole überhöhte Preise und machen Riesenprofite vor allem durch ihr Strompreisdiktat. Sie blockieren schon seit Jahrzehnten den dringend notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien – dabei wurden und werden sie von den jeweiligen rot-grünen und schwarz-gelben NRW-Landesregierungen unterstützt. E.ON und RWE fordern Laufzeitverlängerungen für

Atomkraftwerke – gegen jede Vernunft und jedes Wissen. Sie sind Mit-eigentümer der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau, die trotz des Strahlenunfalls im Januar weiter ausgebaut werden soll. RWE und E.ON sind ebenfalls am Zwischenlager in Ahaus beteiligt, für das hunderte Atommülltransporte genehmigt sind und in das ab 2011 152 Castoren mit hochradioaktivem Atommüll aus dem Forschungszentrum Jülich anrollen sollen.

RWE und E.ON gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert, perspektivisch entflochten und dezentralisiert werden. Bereits privatisierte Anteile von Stadtwerken müssen zurück in städtisches Eigentum, um eine demokratische Kontrolle der Energie und bezahlbaren Strom für alle Menschen nachhaltig zu gewährleisten.

Wir wollen die öffentlich-rechtlichen Stadtwerke stärken. In der Verfassung für das Land NRW heißt es in Artikel 27: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“

Doch Papier ist geduldig, und nur der Widerstand der Bevölkerung kann die Regierungen dazu bringen, auch für die Menschen zu entscheiden. DIE LINKE. hilft dabei mit, nicht nur im Parlament, sondern auch auf den Straßen.“



v. li.: LandessprecherInnen Katharina Schwabedissen und Hubertus Zdebel; LV-Vorstandsmitglied Monika Dahl

Urananreicherungsanlage in Gronau sofort stilllegen!

Im westfälischen Gronau steht die einzige deutsche Urananreicherungsanlage (UAA).

Die Uranfabrik der international agierenden Firma Urenco (Besitzer sind u.a. RWE und E.ON) steht am Beginn der Atommüllspirale in Deutschland und weltweit. In Gronau wird das Uran für den späteren Einsatz in Atomkraftwerken vorbereitet, ohne Urananreicherung können AKWs nicht laufen.

Rund ein Viertel aller Atomkraftwerke weltweit wird durch angereichertes Uran von der Urenco mit Brennstäben versorgt.

Die Verantwortung für Fukushima beginnt auch hier: Urenco musste einräumen, dass sie den Fukushima-Betreiber Tepco mit angereichertem Uran für Brennelemente versorgt. Die Transporte laufen aus den Urenco-Anlagen in Almelo/NL und Capenhurst/GB. Aus Gronau wird der japanische AKW-Betreiber Kansai beliefert. Ein lukratives Geschäft für RWE und E.ON.

Gleichzeitig steht die Urananreicherung für die untrennbare Verknüpfung von angeblich friedlicher Atomenergie und Atomwaffen. Pakistans Atombombenprogramm wurde durch Urencos Zentrifugen-Anreicherungstechnologie ermöglicht. Bei der Anreicherung entstehendes angereichertes Uran wird oftmals für panzerbrechende Munition verwendet; in Libyen wird bei den Luftan-

griffen der NATO auch Uranmunition eingesetzt. Die Zivilbevölkerung der Kriegsgebiete leidet großräumig noch Jahrzehnte an den Folgen der Radioaktivität und Giftigkeit des Urans (z.B. auf dem Balkan und im Irak).

Aufgrund ihrer Eignung für die Produktion von atomwaffenfähigem Material ist die UAA Gronau zweifelsohne einer der gefährlichsten Bausteine der Atomindustrie. Wer die Urananreicherung stoppt, trifft direkt die Versorgung der AKW mit Brennstoff und stoppt eine der militärisch gefährlichsten Technologien. Die UAA Gronau muss sofort stillgelegt werden.

Wir engagieren uns bei den diesjährigen Ostermärschen: Für die Auflösung der NATO, für ein Ende von Bundeswehreinheiten! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, nicht für drei Monate, sondern für immer! Urananreicherung stoppen, Atomtransporte verhindern, Atomanlagen stilllegen! Atomwaffen vernichten! Sofort! Wir wollen eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Das kapitalistische System mit seinem Profitstreben ist die Ursache für Kriege und ökologische Katastrophen. Wir fordern die Vergesellschaftung der Energiekonzerne; es sind dieselben Konzerne mit ihren Profitinteressen, die in Libyen die Öl- und Gasfelder ausbeuten und hier die die AKWs betreiben. Eine ökologische, soziale und friedliche Energiewende muss gegen die Interessen von RWE & E.ON durchgesetzt werden.

RWE bekommt heftig Gegenwind

Urgewald fordert die Entlassung von Grossmann, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen die sofortige Stilllegung der UAA Gronau, ein britischer Aktivist den Verzicht auf den AKW-Neubau in Großbritannien und mehrere Kommunen den Verzicht auf die RWE-Klage gegen das Moratorium - RWE bekommt heftig Gegenwind. Und das ist bitter nötig, denn RWE wollte in Bulgarien und Rumänien mitten im Erdbebengebiet neue AKW bauen, "weil man ja in Japan sehe, dass dies kein Problem ist". Aktuell plant RWE neue AKW in den Niederlanden, in Großbritannien und laut WAZ von heute auch in Polen!!

RWE wird immer stärker zu einem krassen Gesellschaftsrisiko - deshalb muss RWE aufgelöst werden. Die Energiewende geht nur ohne die Atomdinosaurier wie RWE!

Rückendeckung für RWE durch Mehrheit von SPD-CDU-FDP

Eine große Koalition von SPD, CDU und FDP im Landschaftsverband lehnt es ab, RWE in der Hauptversammlung des Konzerns am 20.4. zum Rückzug der Klage gegen das Atommoratorium der Bundesregierung aufzufordern. Die Linke hatte einen Dringlichkeitsantrag in die Sitzung des Landschaftsausschusses am 15.4. eingebracht.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ist mit über 7 Millionen Aktienanteilen (gleich 1,33 Prozent) einer der größeren kommunalen Aktionäre des RWE. Andere kommunale Anteilseigner wie beispielsweise Bochum und auch der Landschaftsverband Rheinland hatten sich in der letzten Woche kritisch gegen die Klage von RWE geäußert und wollen das auch auf der Hauptversammlung zur Sprache bringen.

Holm Sternbacher, SPD-Fraktionschef im Landschaftsverband, begründete die Ablehnung seiner Fraktion damit, man solle nicht in die Geschäftspolitik der RWE eingreifen. Dagegen setzte Barbara Schmidt, Fraktionssprecherin der LINKEN: „Eine kommunale Beteiligung des LWL an einem Energiekonzern macht nur Sinn, wenn sie auch für eine inhaltliche Steuerung genutzt wird. Eine ökologische und soziale Energiewende muss auch gegen die Interessen der Atom-Hardliner bei RWE & E.ON durchgesetzt werden.“

Schon seit Jahrzehnten blockieren diese Konzerne den dringend notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien - dabei wurden und werden sie von den jeweiligen rot-grünen und schwarz-gelben NRW-Landesregierungen unterstützt. Dieser Trend setzt sich jetzt im LWL fort“, stellt Barbara Schmidt weiter fest.

Immerhin stimmten die Grünen im Landschaftsverband dem Dringlichkeitsantrag zu.

Der Antrag sah vor, dass der Vertreter des LWL in der Hauptversammlung der RWE AG u.a. dafür eintreten sollte, keine Klage gegen die bereits vorgenommene Abschaltung des Atomkraftwerks Biblis A einzureichen bzw. eine eingereichte Klage zurückzuziehen.

Außerdem sollten neuen Projekten für Atomkraftwerke eine Absage erteilt werden. Nicht zuletzt aber sollte sich der LWL-Vertreter dafür einsetzen, den Umbau des RWE-Konzerns auf erneuerbare Energien sowie Energiedienstleistungen zur Energieeffizienz voranzutreiben.

Barbara Schmidt fordert in diesem Zusammenhang: „RWE und E.ON gehören in öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert, perspektivisch entflochten und dezentralisiert werden. Bereits privatisierte Anteile müssen zurück in kommunales Eigentum, um eine demokratische Kontrolle der Energie und bezahlbaren Strom für alle Menschen nachhaltig zu gewährleisten.“

Die Partei DIE LINKE. Krefeld trauert um einen unbestechlichen, aktiven Kämpfer für eine andere, eine bessere Gesellschaft. Fritz Noll starb am 29.12.2010.

Es ist in diesem Jahr das erste Mal, dass ich Fritz am 1. Mai nicht im ver.di-Zelt im Stadtgarten finden kann. Er hat eine große Lücke hinterlassen. Als die Gewerkschaft ver.di, in der Fritz bis zum Schluss aktiv war, den 125. Gründungstag des Ortsvereins der Buchdrucker in Krefeld beging, war es für Fritz selbstverständlich, dass auch die Partei DIE LINKE.Krefeld eingeladen wurde. Für uns keine Selbstverständlichkeit zu einem Zeitpunkt, wo wir von vielen deutlich ausgegrenzt und gemieden wurden.

Fritz war Antifaschist und Kommunist, er setzte sich immer für die Interessen der arbeitenden Menschen ein, ganz besonders in "seiner" Gewerkschaft, der IG Druck und Papier, später ver.di.

Für uns wird er unvergessen bleiben, wir werden vor allem seine Bibliothek, die uns anvertraut wird, behüten und gleichzeitig nutzen, um die Bücherschätze, die sein Bewusstsein mit prägten, auch für uns zugänglich zu machen.

Wir haben Rita Suemondt gebeten, einen Nachruf auf Fritz zu schreiben, weil sie ihm sehr nahe stand und zu denjenigen gehört, die ihn mit am besten kannten.

Heidrun v.d. Stück



Nachruf auf Fritz Noll

Fritz Noll ist tot. Er war ein Revolutionär und Kommunist mit Leib und Seele und hinterlässt in der linken Bewegung der BRD und in den Herzen seiner FreundInnen eine Lücke, die sich niemals mehr schließen lässt.

Nach dem Krieg mit 17 Jahren, knapp dem Schützengraben entronnen, trat er der KPD bei und organisierte schon in jungen Jahren im Hamburger Alsterhaus den ersten Warenhaus-Streik.

Dabei lernte er seine Frau Edith kennen, die beiden blieben bis zuletzt, privat und politisch, ein vorbildliches Team.

In den Fünfziger Jahren war Fritz aktives KPD-Mitglied und arbeitete als freier Autor für die kommunistische Hamburger Volkszeitung. Doch dann begann die Kommunisten-Hatz der Adenauer-Ära, und bis 1956 wurden die FDJ und die KPD verboten. Während Alt-Nazis und Reaktionäre schon wieder in hohen Ämtern saßen, wurden die entschiedensten Gegner des Faschismus unbarmerzig verfolgt und eingekerkert.

Fritz floh in die DDR, wo er eine zweite Heimat fand und zum ent-

schiedenen Anhänger des „real existierenden Sozialismus“ wurde. In Ost-Berlin war er Abteilungsleiter beim Deutschlandsender.

Bei der Neugründung der DKP 1968 in der BRD war er dann wieder mit dabei, bald Mitglied des Parteivorstandes und verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit.

Als stellvertretender Chefredakteur bei der UZ, der Zeitung der DKP, gab es keine Ausgabe ohne seine Kommentare. Mit großem Erfolg stärkte er die Linke in den bundesdeutschen Fernseh- und Rundfunkanstalten, gründete DKP-Betriebsgruppen und half bei der Herausgabe von Betriebszeitungen. Beim NDR war er Mitorganisator bei dem ersten Streik der deutschen Rundfunkgeschichte, sogar eine Tagesschau-Sendung fiel dadurch aus.

In den Siebziger und Achtziger Jahren hat Fritz viele Künstler, Journalisten und Intellektuelle an die DKP binden können. Seine Herzlichkeit, seine große rhetorische Begabung und sein kämpferisches Wesen brachten ihm in diesem Bereich viele Freunde ein. Für die „Neuerer-Bewegung“ in den Neunziger Jahren konn-

te er sich als ehemaliger Frontkämpfer und Mann der ersten Stunde dagegen nicht erwärmen.

Um so mehr für das große kleine sozialistische Kuba, dem er sein Herz schenkte und das für ihn ein gelungenes Beispiel war für einen sozialistischen Weg.

In mehreren Journalistenreisen legte er Kuba den westdeutschen Intellektuellen ans Herz und war Mitbegründer der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba. Gerade hier in Krefeld haben wir fulminante Kubanische Nächte miteinander und mit Hunderten von Besuchern gefeiert.

In der schweren Zeit nach 1989 ist es u.a. auch Fritz Noll zu verdanken, dass die DKP erhalten blieb und die UZ bis heute als Wochenzeitung erscheinen kann.

Als Fritz aus Altersgründen die Arbeit beim PV und bei der UZ aufgab, setzte er sich keinesfalls zur Ruhe, sondern engagierte sich bei der Gewerkschaft in Krefeld. Verantwortungsvoll und leidenschaftlich erfüllte er viele gewerkschaftliche Funktionen, war Vorsitzender des Krefelder Ortsvereins der IG-Medien

Druck und Papier, später Mitglied des Verdi-Bezirksvorstandes und im Krefelder DGB-Kreisvorstand.

Fritz' Lebenswerk war der unermüdlige Einsatz für eine bessere Gesellschaft.

Seine Leidenschaft gehörte den arbeitenden Menschen, denen er als Führer in ihren Organisationen voranging. Den Krefeldern ermöglichte er durch seine vielen Kontakte, sei es zur kubanischen Botschaft, zum Ehrenpräsidenten des internationalen Auschwitz-Komitees Kurt Goldstein, der einer seiner besten Freunde war, oder zur britischen Gewerkschaft Unison viele spannende politische Begegnungen.

Bis zuletzt war an jedem 1. Mai der große Fritz Noll auf einem bescheidenen Platz im Verdi-Zelt zu finden, unermüdllich werbend für die gute Sache.

Fritz, wir danken dir und werden dich nie vergessen.

Venceremos!
Rita A. Suemondt

„Rettet die Kommunen!“

Aktionstag gegen Finanznot der Kommunen

Am Samstag, dem 9. April führte DIE LINKE in ganz NRW einen Aktionstag unter dem Motto „Rettet die Kommunen!“ durch. Auch in Krefeld wurde in der Innenstadt Material verteilt. Gut sichtbar mit „Sandwiches“ verteilten mehrere Mitglieder und Sympathisanten der Partei DIE LINKE.Krefeld Informationsmaterial zur Finanznot der Kommunen.

DIE LINKE.Krefeld schließt sich der Forderung der Landtagsabgeordneten Özlem Alev Demirel, kommunalpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion an: „Wir fordern mit dem Aktionstag die Landesregierung, aber auch den Bund auf, die Kommunen zu entlasten und ihnen zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu ermöglichen. Dazu haben wir bereits verschiedene Gesetzentwürfe und Anträge eingebracht, die alle von den anderen Parteien abgelehnt wurden. Zum Nachtragshaushalt 2010 haben wir bereits eine Erhöhung des Kommunalanteils an den Steuereinnahmen des Landes von aktuell 23 auf 24 Prozent gefordert. Das hieße, die Kommunen bekämen 344 Mio. € mehr im Jahr. Zur Erinnerung: 1983 betrug der Kommunalanteil 28,5 Prozent. Auch in den kommenden Haushaltsverhandlungen werden wir uns energisch für mehr Geld für die Kommunen einsetzen. Hier werden wir SPD und



Grüne an ihre Versprechen von letztem Jahr erinnern.“

Die Krefelder Sprecherin der Partei DIE LINKE Heidrun v.d. Stück, beschreibt das Ziel des Aktionstages: „Die Kommunen in NRW werden seit Jahren ausgehungert. Zwar kritisieren wir seit langem Fehlfinanzierungen wie beispielsweise die Finanzierung des Königspalastes. Aber die Finanznot der Kommunen hat einen tieferen Ursprung. Seit Jahren versuchen Bund und Land ihre Kosten von Hartz IV und vielen anderen Gesetzen auf die Kommunen zu verlagern, ohne ihnen ausreichende Gegenfinanzierungsmöglichkeiten an die Hand zu geben. Dagegen wollen wir protestieren und Druck aufbauen.“ Heidrun v.d. Stück weiter: „Bei wunderschönem Wetter verteilten wir unser Infomaterial und brachten es in relativ kurzer Zeit unter die Menschen. Es gab längere Diskussionen und viel wohlwollende und unterstützende Reaktionen. Obwohl wir keinen Infostand hatten, waren wir für die Menschen in der Innenstadt gut sichtbar. Mit unseren Plakaten an Bauch und Rücken und den Forderungen auf den Plakaten waren wir einfach nicht zu übersehen. Und Spaß gemacht hat die ganze Aktion ebenfalls.“



Arbeitsmarktpolitischen Kahlschlag verhindern

"Die Bundesregierung benutzt die wirtschaftliche Erholung als Vorwand für einen Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik. Dabei steigt seit Monaten die Zahl der von der Bundesagentur betreuten Langzeitarbeitslosen", erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Zimmermann, zum heute vom Verwaltungsrat beschlossenen Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA). Zimmermann weiter:

"Allein die Zahl der von der BA direkt betreuten Langzeitarbeitslosen liegt derzeit bei 155.000 und damit um 16 Prozent höher als im Vorjahr. Für aktive Arbeitsmarktpolitik stehen 2011 jedoch 900 Millionen Euro weniger zur Verfügung als 2010. Mit den Einsparungen, die sich bis 2014 insgesamt auf zehn Milliarden Euro belaufen sollen, fehlt der Bundesagentur Geld für Qualifizierung und Vermittlungsmaßnahmen. Das ist im Hinblick auf den beklagten Fachkräftemangel nicht zu vertreten. So wird noch mehr in Billigjobs vermittelt.

Die Bundesregierung muss endlich die Unterfinanzierung der Bundesagentur beenden. Abzuschaffen ist der sogenannte Eingliederungsbeitrag, mit dem Gelder der Arbeitslosenversicherung zweckentfremdet werden. Das würde den BA-Haushalt bis 2013 um 13 Milliarden Euro entlasten. Ferner sollte der Bund in Kri-

senzeiten der Arbeitslosenversicherung unter die Arme greifen und für mögliche Defizite haften. Die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung haben einen Großteil der Krisenkosten getragen. Sie dürfen nicht noch weiter geschöpft werden."(Presseerklärung vom 12.11.2010)

Die Einsparungen der Bundesregierung bei der Bundesagentur für Arbeit werden sich natürlich auch in Krefeld bemerkbar machen. Dem Jobcenter Krefeld werden im Jahre

2011 erheblich weniger Mittel für Instrumente des Arbeitsmarktprogramms zur Verfügung stehen: Berufliche Weiterbildung -25 %, Eingliederungszuschüssen -17 %, Einstiegsgehalt -18 %, Arbeitsgelegenheiten -37 %.

Gleichzeitig ist eine Erhöhung der Integrationsquote um 4,2, % geplant. Die Höhe der passiven Leistungen soll im Jahre 2011 um 3,3 % gesenkt werden.

Die Zahl der Arbeitslosen im Langzeitbezug soll ebenfalls um 1 % ge-

senkt werden. (Quelle: Jobcenter Krefeld)

Da in Krefeld die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von September 2008 bis August 2010 von ca. 83.500 auf ca. 80.800 gesunken ist, stellt sich hier die Frage, wie die Planungen für 2011 verwirklicht werden sollen. Dieses kann nur auf dem Rücken der Arbeitslosen geschehen, wie schon der immense Anstieg der Sanktionen in Deutschland gezeigt hat.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auch in Krefeld gesunken, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist jedoch konstant von ca. 14.500 im Jahre 2008 auf ca. 15.600 im März 2011 gestiegen.

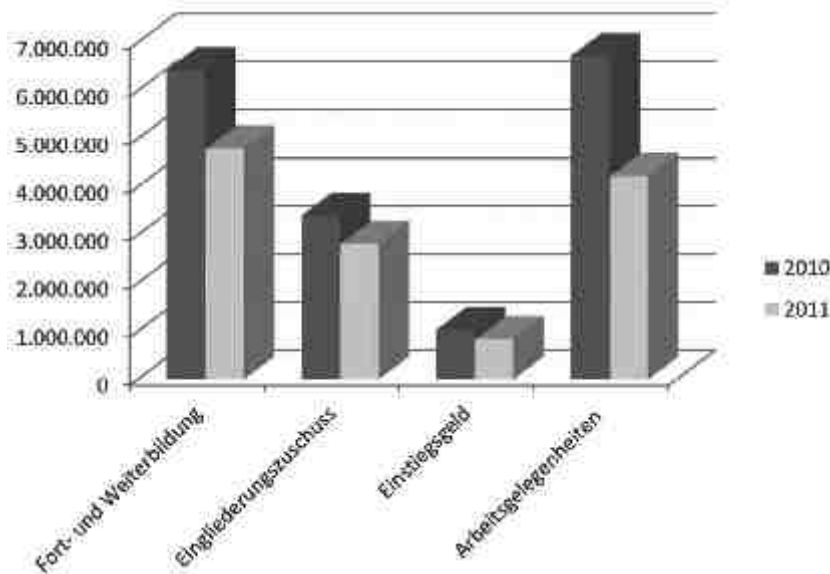
Immer mehr Menschen in Krefeld können von ihrer Arbeit nicht mehr leben und müssen aufstockende Leistungen in Anspruch. 14,5 % der Arbeitnehmer Deutschland arbeiten für ein Einkommen unter der Armutsschwelle (Quelle: Zeit Online)

Unsere Forderungen lauten daher.

Jeder der den ganzen Tag arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.

Gute Arbeit – Gute Löhne - Gute Rente

M.B.



„SPD, Grüne und Arbeitsminister Schneider sind scheinheilig!“

Angesichts der Zustimmungsverweigerung von SPD und Grünen in der Plenarsitzung zum Antrag der LINKEN, die Praktikantenstellen in den Ministerien in NRW zukünftig zu bezahlen, erklärt Fraktionschef Wolfgang Zimmermann: „Die Scheinheiligkeit des Arbeitsministers Guntram Schneider ist kaum zu ertragen, aber er bewegt sich in eindeutiger SPD-Tradition.“

Der damalige Bundesarbeitsminister Müntefering (SPD) trommelte noch 2006 gegen die Ausbeutung der „Generation Praktikum“ und bezahlte gleichzeitig die Praktikantinnen und Praktikanten im eigenen Ministerium nicht. Später war es der Hartz IV-Technokrat und heutige Hamburger SPD-Bürgermeister Olaf Scholz, der sich verbal für die Praktikantinnen und Praktikanten einsetzte, aber tatsächlich nichts an

der Vergütungspraxis änderte. Jetzt ist es der NRW-Arbeitsminister und ehemalige DGB-Chef Guntram Schneider, der den Praktikantinnen und Praktikanten in NRW eine Mindestvergütung versprochen hat und jetzt den Praktikanten in den eigenen Ministerien keinen Cent bezahlt.

Besonders zynisch findet Zimmermann, „dass bis heute auf der Homepage der Jusos mit dem Foto von Guntram Schneider eine Mindestvergütung für Praktikantinnen und Praktikanten gefordert wird. Hier gehen Anspruch und Wirklichkeit mal wieder meilenweit auseinander.“ Zimmermann weiter: „Das gilt auch für die unbezahlten Praktika für Hochschulabsolventen. Praktika für Hochschulabsolventen sollten grundsätzlich verboten werden. Insbesondere in öffentlichen Einrichtungen sind sie ein Skandal.“



www.dielinke-krefeld.de

Verkehrsinself am Bahnübergang Nauenweg - Mit Nachdruck gefordert

Die Schülerdemo kommt zum Rathaus- der OB geht

Am 13.04.2011 haben ca. 50 SchülerInnen und einige LehrerInnen der Kurt-Tucholsky-Gesamtschule Krefeld auf einen Gefahrenpunkt am Schulweg zur KTG hingewiesen. Sie demonstrierten vor dem Krefelder Rathaus und erneuerten mit Nachdruck die Forderung nach einer Querungshilfe (Verkehrsinself) auf dem Nauenweg zwischen DB-Brücke und Bahnübergang/Schlufftrasse.

Nach Meinung der Demonstrationen stellt die Verkehrssituation auf dem besonders morgens stark befahrenen Nauerweg eine potenziell tödliche Gefahr für SchülerInnen und AnwohnerInnen dar. Dies verdeutlichten die SchülerInnen anschaulich: je vier bildeten symbolisch ein Auto und „überfahren“ einige MitschülerInnen. Die Körper der „Opfer“ wurden vor dem Rathaus auf dem Boden mit Kreide umrandet.

Bereits im Sommer 2010 hatten der Schülersprecher, die Schulleitung und der SV-Lehrer der KTG in einem gemeinsamen Schreiben an OB und Stadtratsfraktionen die Situation bemängelt und die Querungshilfe gefordert. Diese war im Oktober 2008 einstimmig im Bauausschuss des Stadtrates beschlossen, danach aber

durch die Verwaltung wieder abgelehnt worden...

Vor dem Rathaus empfingen Bürgermeister Frank Meier (SPD), Ratsfrau Heidi Mathias (Grüne) und DIE LINKE. Krefeld (Kreissprecherin Heidrun von der Stück, Kreissprecher und Bezirksverordneter (BV West) Stephan Hagemes und Ratsgruppengeschäftsführerin Margareta Fink) die Demo. Deren Adressat war an erster Stelle OB Kathstede (CDU). Er befand sich kurz vor der Ankunft der Schülerdemo auch vor dem Rathaus...um einer Cheerleadervorführung beizuwohnen.

Als sich die Demo der KTG dem Rathaus näherte, verschwand der OB mit den Cheerleadern im Rathaus. CDU, FDP und UWG glänzten während der Demo durch Abwesenheit. DIE LINKE. Krefeld sicherte der KTG ihre Unterstützung im Rat zu, SPD und Grüne taten dies ebenfalls. DIE LINKE. Krefeld führt nun Gespräche mit Krefelder Grünen und SPD, um die Querungshilfe endlich auf den Weg zu bringen, BEVOR jemand auf dem Schulweg zur KTG unter die Räder kommt!

St.H



Das Bild oben zeigt den Nauenweg ohne Verkehrsinself.
Das untere Bild zeigt die Forstwaldstraße mit Verkehrsinself direkt vor der Sparkasse für den sicheren Überweg.

Sozialticket: Finanzierungsproblem oder falscher Ansatz?

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr kann es nicht nachvollziehen, dass ein Sozialticket im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr nicht möglich sein soll. Eine vom VRR in Auftrag gegebene Studie prognostiziert Mindereinnahmen von rund 40 Mio. €. Diese decken sich nach Information unserer Fraktion nicht mit den Erfahrungen anderer Städte wie beispielsweise Köln.

„Vielleicht sollten die Geschäftsführer der Verkehrsgesellschaften im

VRR den Kontakt zu den Kölner Verkehrsbetrieben aufnehmen.“, so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr. „Seit 2009 bietet die Kölner Verkehrsgesellschaft das Sozialticket im Rahmen der Aktion Köln-Pass sowohl als Monatsticket als auch als 4-er Ticket an. Das Unternehmen verzeichnet seit der Einführung dieses Sozialtickets für das Stadtgebiet Köln jährlich eine deutliche Zunahme beim Verkauf dieser Tickets und einen sinkenden Zuschussbedarf durch die Stadt.

Gleichzeitig sinkt die Zahl der Schwarzfahrer.“

„Mit gutem Willen kann man von Köln lernen und so erreichen, dass das Sozialticket auch im Ruhrgebiet finanzierbar wird. Da fragt man sich doch allen Ernstes, wie die Erhebung der Zahlen in der Studie für den VRR erfolgte. Wo kommen allein die 10 Mio. € Aufwendungen für die Verwaltung her? Für mich drängt sich der Verdacht auf, dass man die Debatte um die Kosten nutzt, um über diese Zahlenspielerie die Einführung zu

verhindern.“, positioniert sich Eleonore Lubitz, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion.

Mit der „abgespeckten Form“ – der Einführung eines ermäßigten 4-er Tickets wird man in keiner Weise nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr den Forderungen nach mehr Mobilität im Ruhrgebiet für alle und der Stärkung des Nahverkehrs gerecht.

DIE LINKE. im Landtag fordert NRW-Card für einkommensarme Menschen

Die Fraktion DIE LINKE. stellt im Landtag ihren Antrag zur Einführung eines Sozialtickets („NRW-Card“) vor und löst damit eines ihrer zentralen Wahlversprechen ein.

Der politische Hintergrund: In NRW leben rund zwei Millionen Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind: Hartz-IV-Bezieher/-innen, Grundsicherungsempfänger/-innen, Niedriglohnbezieher/-innen. Diese Menschen können sich Fahrkarten oder Besuche von Kulturveranstaltungen kaum leisten, weil sie ihr geringes Einkommen ganz für ihre Existenzsicherung ausgeben müssen. Damit sind sie von Mobilität und einer aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben faktisch ausgeschlossen.

DIE LINKE will, dass das Land den einkommensarmen Menschen in NRW eine „NRW-Card“ für maximal 15 Euro pro Monat zur Verfügung stellt, mit der sie alle Verkehrsangebote und alle kulturellen Angebote des Landes nutzen können.

Verärgert ist die Fraktion die LINKE daher über die Haltung der Minderheitsregierung zum Thema: „Zu einer guten und sozialen Verkehrspolitik gehört auch bezahlbare Mobilität für alle Menschen in NRW, auch für Einkommensarme. Noch im Januar 2010, vor den Landtagswahlen vom 9. Mai, haben CDU und Grüne im VRR einen Koalitionsvertrag geschlossen und unter anderem die Einführung eines Sozialtickets vereinbart. Das jetzt vom VRR geplante, vergünstigte Viererticket hat aber mit einem Sozialticket gar nichts zu tun“, empört sich Bärbel Beuermann, Fraktionsvorsitzende und verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Landtag NRW.

Carolin Butterwegge, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, ergänzt: „Ein Sozialticket, das diesen Namen auch verdient, muss von den Verkehrsver-

bänden und Aufgabenträgern zu einem Preis angeboten werden, der sich an dem im Hartz IV-Regelsatz vorgesehenen Anteil für den ÖPNV orientiert. So ist ein Sozialticket auszurichten: Unbürokratisch, einfach und gerecht. Wir wollen Teilhabe und Mobilität für alle. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht!“

Man wisse, dass ein ähnliches Verständnis auch seitens des DGB und bei vielen Kolleginnen und Kollegen bei Grünen und SPD vertreten würde, betont Bärbel Beuermann. „Es wird nun an uns liegen, das drohende Scheitern eines Sozialtickets für NRW gemeinsam und konsequent zu verhindern. Mich erinnern diese

halbgearen, unzureichenden Kompromisslinien allerdings sehr stark an den verkündeten Realitätscheck, den Hannelore Kraft ihren Wahlversprechen angeidehen lassen wollte“, so die Fraktionsvorsitzende.

Florian Kaiser
Pressesprecher

DIE LINKE.
Kreisverband Krefeld

c/o Stephan Hagemes
Pressesprecher
Dreikönigenstr. 159
47798 Krefeld
Telefon 0 21 51 / 99 42 70
stephan.hagemes@
die-linke-krefeld.de
www.dielinke-krefeld.de

Krefeld, 15. April 2011

Pressemitteilung

„Scheitern eines Sozialtickets wäre Skandal“ DIE LINKE fordert NRW-Card – landesweit und bezahlbar

Laut NRW Verkehrsministerium steht das NRW-Sozialticket vor dem Scheitern. Die CDU-Fraktion im VRR rückte von einer vorherigen Vereinbarung mit den Grünen ab. Stattdessen sollen Hartz IV-Empfängern „aus Kostengründen“ mehrere Tages- oder Vierer-Tickets angeboten werden.

„Das ist ein unglaublicher Skandal. Während die SPD/Grüne-Landesregierung 2011 Zuschüsse für die WestLB von 4 Milliarden vorsieht, ist ein Sozialticket angeblich nicht bezahlbar. Das ist völliger Unsinn. Durch höhere Fahrgastzahlen steigt die Wirtschaftlichkeit, es werden neue Fahrgäste gewonnen, die Zahl der „Schwarzfahrer“ sinkt. Mit 0,04% der Summe für die WestLB (40 Millionen) könnten allein in Krefeld Tausende und in NRW rund zwei Millionen Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, Zugang zu Mobilität und Teilhabe am kulturellen Leben bekommen“, erklärt Heidrun von der Stück, Sprecherin des Kreisverband DIE LINKE Krefeld.

Von der Stück weiter: „DIE LINKE fordert ein landesweites Sozialticket (NRW-Card). Wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr, den sich jede/r leisten kann. Deswegen muss sich der Preis für ein Sozialticket mit 15 Euro am ÖPNV-Anteil im Hartz-IV-Regelsatz orientieren, sodass auch Geringverdiener/innen dieses Angebot nutzen können. Die NRW-Card soll den kostenfreien Besuch von Landesmuseen und den ermäßigten Zugang zu kommunalen Angeboten wie Schwimmbäder, Zoos, Theatern und Ausstellungen ermöglichen. DIE LINKE Krefeld wird sich gemeinsam mit Ihrer Landtagsfraktion mit aller Kraft dafür einsetzen, dass Bedürftige nicht schon wieder ausgegrenzt werden.“

www.dielinke-krefeld.de

Impressum:

V.i.S.d.P:
DIE LINKE Kreisverband Krefeld
Heidrun von der Stück
Alte Linner Straße 85
47799 Krefeld